

VOM RAT ZUR TAT

Dass die globale Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zwei Grad Celsius nicht überschreiten sollte, um die Folgen des Klimawandels noch handhaben zu können, ist internationaler Konsens. Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels werden allerdings sehr zögerlich gesetzt. Zwei Juristinnen der Uni Graz erforschen, wo und wie die Politik aufs Gas steigen sollte.

VON DAGMAR EKLAUDE

PRACTICAL ADVICE

In order to keep the impact of climate change tolerable in the foreseeable future, well-directed measures are needed fast. Legal experts Teresa Habjan and Miriam Karl are investigating which parameters politicians urgently need to address and which steps are legally possible. It should be easier for people to recover damages sustained as a result of climate change, even if they may sometimes be hard to substantiate. Habjan also examines the far-reaching consequences of specific regulations and bans. For example, if electric cars are subsidised too strongly, this causes private vehicle traffic to hamper public transport. Habjan and Karl are members of a newly founded interdisciplinary working group on climate protection who study complex global connections.

Klimaschutz wird in Österreich großgeschrieben – das behauptet zumindest die Politik gerne. Ein Blick auf die Paragraphen, die das auch sicherstellen, ergibt allerdings ein ganz anderes Bild. Mag. Teresa Habjan und Mag. Miriam Karl untersuchen das Klimaschutzrecht und sind Mitglieder einer neu gegründeten Arbeitsgruppe zu dem Thema. „Das österreichische Gesetz ist sehr kurz und beinhaltet weder eigene Ziele noch Verantwortlichkeiten“, fasst Habjan zusammen. An welchen Schrauben gedreht werden kann, damit unser Land seinem Ruf auch gerecht wird, untersuchen die beiden Juristinnen.

Umsetzung. Miriam Karl analysiert Wege, Klimaschutzmaßnahmen zu realisieren, ohne dabei gegen bestehendes Verfassungs- und Europarecht zu verstoßen. Jedes neue Verbot würde nämlich automatisch bestimmte Personengruppen benachteiligen. „Man kann etwa nicht von heute auf morgen Verbrennungsmotoren vollständig verbannen, das würde die persönliche Freiheit der Kfz-BesitzerInnen zu sehr einschränken und ihre Fahrzeuge wertlos machen“, nennt die Wissenschaftlerin ein Beispiel. Anstelle eines derart radikalen Schrittes müsse man eine Übergangsfrist von mehreren Jahren vorsehen oder so genannte gelindere Mittel vorziehen, um Abgase zu reduzieren. Das wären die stärkere Besteuerung fossiler Treibstoffe oder die Förderung von E-Autos.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in ihrer Dissertation ist die Gerechtigkeit – womit sie den juristischen Aspekt eines etablierten interdisziplinären Forschungsthemas an der Uni Graz abdeckt: „Es liegt in der Verantwortung des Staates, Regelungen zu definieren, die auch durch Klimaschäden Benachteiligten gegenüber fair sind“, präzisiert Karl. Wenn unsere Emissionen die Wüstenbildung in Afrika vorantreiben, müssen wir uns in naher Zukunft auf mehr Klimaflüchtlinge einstellen.

Eine weitere Frage ist, wer Haftungen übernehmen und mit Schadenersatzforderungen konfrontiert werden kann, wenn vorgeschriebene Maßnahmen nicht getätigt werden. „Verstöße gegen den Klimaschutz sind schwer zu handhaben, da Ursache und Wirkung so weit auseinanderliegen“,

räumt die Juristin ein. „Es gibt hier deutliche Vollzugsdefizite.“ Diese bestanden lange Zeit auch im Umweltrecht, doch seit NGOs in Genehmigungsverfahren bei Großprojekten eingebunden werden, hat sich die Situation deutlich verbessert, hat Karl beobachtet. Sie plädiert daher auch für eine Klimaschutzprüfung – analog zur Umweltverträglichkeitsprüfung –, die weitläufige Kettenreaktionen berücksichtigt. „Umfassende Kausalzusammenhänge herzustellen, ist in diesem Bereich natürlich deutlich schwieriger“, ortet sie eine Hürde.

Einschätzung. Die beiden Juristinnen sind sich einig, dass international rasches Handeln gefragt ist. Man brauche auch dringend eine europäische Übereinkunft, denn: „Die Frage, was es bringt, wenn Österreich Klimaschutzmaßnahmen ergreift, andere Länder aber nichts tun, ist durchaus berechtigt. Damit wird das Thema aber zum Riesenproblem“, stellt Karl fest. Seit der Ratifizierung des Pariser Abkommens im November 2016 sei zumindest etwas Bewegung in die Politik gekommen, auch in Österreich.

Unser Land hat sich nämlich in den letzten Jahren auf seiner Vorreiterrolle bei Wasserkraft und erneuerbarer Energie ausgeruht. „Mittlerweile haben uns aber andere Staaten längst überholt“, weiß Teresa Habjan. So hat beispielsweise das Vereinigte Königreich schon wesentlich früher ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das auch deutlich umfangreicher ist als die zehn Paragraphen des österreichischen. Im Beirat der britischen Regierung, der den Fortschritt im Klimaschutz beobachtet und unabhängige Forschung betreibt, sind ExpertInnen verschiedener Fachgebiete verpflichtend vertreten. „In Österreich hingegen zählt dieses Gremium lediglich einen Wissenschaftler, sonst die Sozialpartner beziehungsweise VertreterInnen von Parteien und Ministerien“, vergleicht Habjan. Der Föderalismus sei ein weiteres Hindernis im österreichischen Recht, da Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern hin- und hergeschoben werden.

Vernetzung. Damit Maßnahmen zum Klimaschutz auch endlich effizient realisiert werden, haben Univ.-Prof. Dr. Eva Schulev-Steindl vom Institut für Öffentliches Recht

und Politikwissenschaft sowie Univ.-Prof. Dr. Gottfried Kirchengast vom Wegener Center der Uni Graz eine Arbeitsgruppe gegründet, die am Climate Change Centre Austria sowie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften angesiedelt ist. Habjan und Karl sind zwei von insgesamt elf Mitgliedern verschiedener Disziplinen und Institutionen. „Als Juristinnen haben wir das Know-how, mit welchem Regelwerk dringend nötige Schritte auch tatsächlich gesetzt werden können“, beschreibt Karl. Zahlen, Fakten und weitere Lösungsansätze steuern unter anderem PhysikerInnen und ÖkonomInnen bei. „Dieser Blick über die Fachgrenzen hinaus ist gerade beim Klimaschutz extrem wichtig, um verschiedene Folgen abzusehen“, bestätigt Habjan. Die intensive Förderung von E-Autos in Norwegen, die in den Städten auch die Busspuren benützen dürfen, hat beispielsweise den Individualverkehr so sehr verstärkt, dass Öffis nun behindert werden.

Derartige Verlagerungseffekte, für die der Sektor Verkehr besonders anfällig ist, untersucht Habjan in ihrer Arbeit. „Ein Problemfeld sind beispielsweise Biokraftstoffe. Fördert man diese, geht das auf Kosten der Landwirtschaft. Es werden mehr Maschinen eingesetzt und mehr Düngergaben benötigt, was wiederum zu erhöhten Emissionen in diesem Sektor führt“, so Habjan.



Interview mit Teresa Habjan im Webradio der Grazer Universitäten

Miriam Karl (l.) und Teresa Habjan untersuchen die Paragraphen des Klimaschutzrechts genau. Die Jungforscherinnen vom Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft sind Mitglieder einer Arbeitsgruppe zu dem Thema, die auf eine rasche Umsetzung von Maßnahmen pocht.



Foto: Uni Graz/Lunghammer